

REGIERUNGSRAT

23. Oktober 2024

24.208

Interpellation Nicole Heggli-Boder, SVP, Buttwil, vom 2. Juli 2024 betreffend Gewalt an Aargauer Spitälern; Beantwortung

I.

Text und Begründung der Interpellation wurden den Mitgliedern des Grossen Rats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.

II.

Der Regierungsrat antwortet wie folgt:

Vorbemerkung

Zur Beantwortung hat das Departement Gesundheit und Soziales eine Umfrage bei den Aargauer Listenspitälern durchgeführt. Der unterschiedliche Umfang und Detaillierungsgrad der Antworten kann Hinweise darauf geben, wie stark die Thematik bei den jeweiligen Institutionen gewichtet ist: Abhängig vom Therapiespektrum, der Positionierung in der Aargauer Spitallandschaft und dem Umfang des Versorgungsauftrags sind die Aargauer Spitäler beziehungsweise deren Angestellten unterschiedlich von Gewalt sowie risikoreichen Situationen betroffen. Insbesondere bei Spitälern mit grossen Notfallstationen und psychiatrischen Spitälern ist Gewalt ein aktuelles Thema und die Bewältigung wird aktiv und mit verschiedenen Mitteln angegangen.

Zur Frage 1

"Zu wie vielen verbalen und körperlichen Angriffen kam es in den letzten 10 Jahren in den Aargauer Spitälern insgesamt? Bitte aufgelistet nach Jahren"

a) Kantonsspital Aarau AG (KSA)

Das KSA führt keine Statistik über verbale und körperliche Angriffe. Es führt eine Statistik der Einsatzzahlen des Sicherheitsdiensts im Zusammenhang mit dem Notfall für Erwachsene und dem Notfall für Kinder. Total gibt es pro 24 Stunden einen durchschnittlichen zeitlichen Aufwand von fünf Stunden für Routineeinsätze und rund drei Stunden für Interventionen im Tagesdienst. Im Nachtdienst beträgt der Aufwand durchschnittlich vier Stunden. Zu den Aktivitäten des Sicherheitsdiensts zählen die folgenden:

- Unterstützung bei renitenten Patientinnen und Patienten, die aus unterschiedlichen Gründen ausfällig werden und für sich oder andere Personen eine Gefahr darstellen (Demenz, Drogen, Alkohol, psychische Krankheitsbilder, Überforderung im Umgang mit schweren Mitteilungen wie Verlust von Angehörigen, Freunden oder Verwandten).

- Entlastung der Pflege bei der Überwachung von Patientinnen und Patienten (unruhige, selbst- und/oder fremdgefährdende oder auch überwachungspflichtige Patientinnen und Patienten).

Die Anzahl der Einsätze (2022: 521 Einsätze, 2023: 542 Einsätze) und die Summe des Aufwands in Stunden (2022: 622,5 Stunden und 2023: 612,0 Stunden) sind ähnlich.

Das KSA stellt fest, dass die Heftigkeit und teilweise die Brutalität der Reaktionen von Patientinnen und Patienten in den letzten Jahren stetig zugenommen haben. Eine gewisse Verrohung der Gesellschaft aus Sicht des KSA führt zu immer schwierigeren und anspruchsvolleren Interventionen des Sicherheitsdiensts. Der interne Sicherheitsdienst des KSA entlastet das Notfallpersonal, unterstützt die Polizei und den Rettungsdienst, was mitunter zur Sicherstellung der Notfallversorgung beiträgt.

b) Kantonsspital Baden AG (KSB)

Die Anzahl gemeldeter Ereignisse im KSB hat sich in den letzten zehn Jahren fast vervierfacht. Interviews und Gespräche mit Stationsleitungen und Führungspersonen zeigen, dass bei weitem nicht alle Ereignisse dokumentiert werden. Das KSB geht hier von einer vielfach höheren Dunkelziffer aus. Vor allem Mitarbeitende auf dem Notfall und den Intensivstationen sind vermehrter Gewalt ausgesetzt, und es verbreitet sich eine zunehmende Resignation und Abstumpfung unter den Mitarbeitenden. Das erklärt aus Sicht des KSB auch den Rückgang der Meldungen seit 2021. Die Gewaltbereitschaft sowie die Quantität der Ereignisse haben in den letzten Jahren aus Sicht des KSB enorm zugenommen.

c) Psychiatrische Dienste Aargau AG (PDAG)

In der PDAG werden verbale oder körperliche Angriffe nicht systematisch erfasst. Seit dem 1. Januar 2023 können Mitarbeitende über das Critical Incident Reporting System (CIRS) Gewaltereignisse melden. Als Gewaltereignis gilt laut Definition im Meldeportal CIRS Ereignisse mit Gewalt/Aggression oder grenzüberschreitendes Verhalten gegenüber anderen Personen. Im Jahr 2023 wurden 190 und im ersten Halbjahr 2024 145 Gewaltereignisse gemeldet.

d) Stiftung aarReha Schinznach (aarReha)

Die aarReha verzeichnet nur vereinzelt Vorkommnisse. Entsprechend wird das Thema von der aarReha bis heute nicht systematisch ausgewertet.

e) Klinik Barmelweid AG

Die Definition von "Gewaltangriffen" beziehungsweise verbale und körperliche Angriffe ist aus Sicht der Klinik Barmelweid AG nicht klar. Die Klinik arbeitet mit dem Konzept "Umgang mit aggressivem Patientenverhalten" und definiert darin folgendes: "Als Aggression bezeichnen wir in diesem Kontext grenzüberschreitendes Verhalten von Patientinnen und Patienten (verbal, non-verbal oder physisch), dass die Persönlichkeit unseres Mitarbeitenden verletzt und/oder als Bedrohung wahrgenommen wird. Dazu gehören auch Belästigungen und Rassismus. Die betroffene Person entscheidet dabei, ob sie sich persönlich verletzt oder bedroht fühlt, denn diese Wahrnehmung und Einstufung ist individuell und unterschiedlich."

Die Klinik Barmelweid AG führt erst seit 2022 eine Statistik zum Thema "Aggressives Patientenverhalten". Im Jahr 2022 verzeichnete die Klinik 13 verbale und körperliche Angriffe. Im Jahr 2023 sind diese auf 20 gestiegen.

f) ZURZACH Care AG

Körperliche Angriffe sind in den letzten zehn Jahren in der ZURZACH Care AG in verschwindend geringer Anzahl bekannt geworden (gesamthaft drei in zehn Jahren). Verbale Angriffe werden, wenn sie vorkommen, im Rahmen des Behandlungsprozesses dokumentiert. Dies geschieht in den jeweiligen elektronischen Krankengeschichten oder auch im Rahmen des prozessorientierten Beschwerdemanagements. Da verbale und körperliche Angriffe für die Arbeit in der ZURZACH Care AG jedoch

bisher keine Problemstellung bedingen und insbesondere auch nicht ansteigen, werden diese auch nicht prospektiv statistisch erfasst.

g) Salina Medizin AG

Die Salina Medizin AG erfasst die verbalen Angriffe nicht. Diese kommen selten vor und wenn, dann meistens in der Therapiedisposition, wenn Patientinnen oder Patienten den Termin verpasst haben oder kein Termin mehr frei ist. Verbale Angriffe sind sehr selten, körperliche Angriffe gibt es nicht. Bei den verbalen Angriffen sind keine Zahlen vermerkt.

h) Klinik im Hasel AG

Bisher besteht kein Monitoring in der Klinik im Hasel AG, dies ist jedoch in Planung. Die Klinik hält rückblickend bis 2021 folgende Punkte fest:

- Verbale Angriffe und Drohungen, Beleidigungen gegenüber Mitarbeitenden kommen regelmässig vor (dokumentiert seit 2022).
- Im Dezember 2021 kam es zu einem bekannten körperlichen Angriff gegen eine Mitarbeiterin.

Zunehmend sind Gewaltandrohungen und Konflikte unter den Patientinnen und Patienten, wo die Pflege in einer deeskalierenden Rolle indirekt involviert ist.

Aus dem Sicherheitsprojekt der Mitarbeitenden entstand die Arbeitsgruppe Aggressionsmanagement, die zukünftig ein Monitoring der Fälle führen wird, das extern supervidiert wird.

i) Schützen Rheinfelden AG (Klinik Schützen)

In der Klinik Schützen fallen derartige Ereignisse selten an, wahrscheinlich aufgrund des elektiven Auftrags der Klinik. Aufgrund dessen wurden solche Ereignisse noch nicht systematisch dokumentiert (ausser bei den entsprechenden Patientinnen und Patienten). Ohne dass es zu verbalen oder körperlichen Aggressionen gegenüber Personal kommt, stellt die Klinik Schützen in den letzten Jahren eine Zunahme von Enttäuschung, Wut und Vorwurfshaltungen gegenüber Dritten fest.

Konkret gab es in der Klinik Schützen einen Fall im Jahr 2015 und einen im ersten Halbjahr 2024.

j) Stiftung entero

Die Stiftung entero verzeichnet in den letzten 10 Jahren einen einzigen tätlichen Angriff am Standort Neuenhof. Ein Patient schlug eine Pflegefachfrau. Dies hatte einen Therapieausschluss sowie eine Fürsorgerische Unterbringung (FU) in der PDAG zur Folge. Ansonsten kam es vereinzelt zu verbalen Ausfällen, die sich jedoch in einem gewissen Rahmen bewegten und nicht zum Therapieabbruch führten.

k) Hirslanden Klinik Aarau AG, Stiftung Spital Muri, Gesundheitszentrum Fricktal AG (GZF), Spital Zofingen AG (Spital Zofingen), Asana Spital Leuggern AG, Privatklinik Villa im Park, Stiftung Reha Rheinfelden, Rehaklinik Bellikon, Bad Schinznach AG (Privat-Klinik im Park)

Die oben genannten Gesundheitsinstitutionen haben zu der vom Regierungsrat initiierten Umfrage Stellung genommen, führen jedoch keine Dokumentation oder Statistik über verbale und/oder körperliche Übergriffe, weshalb eine Quantifizierung der Vorfälle nicht möglich ist. Generell stellen die Institutionen in den von ihnen abgegebenen Stellungnahmen jedoch eine Zunahme sowohl der verbalen als auch der körperlichen Gewalt fest.

Zur Frage 2

"Wie ist das Täterprofil? Aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Herkunft und Alter"

a) Kantonsspital Aarau AG (KSA)

Über Täterprofile im KSA lässt sich keine schlüssige Aussage machen. Diverse Personen werden auffällig: Drogen, Alkohol, Demenz, Panik, Durchgangssyndrom, schmerzliche Verluste von Angehörigen oder eigenen Kindern, psychische Ausnahmezustände aufgrund Krankheit, junge und alte Personen, Personen aus unterschiedlichen Nationen, usw.

b) Kantonsspital Baden AG (KSB)

Das KSB erhebt diese Kennzahl nicht konsequent. Die Mehrheit der Ereignisse betrifft Personen im Delirium oder unter Alkohol- beziehungsweise Drogeneinfluss und die Mehrheit der Täter ist männlich.

c) Psychiatrische Dienste Aargau AG (PDAG)

Die PDAG hat wie folgt zu der Frage 2 Stellung genommen:

Der Begriff des "Täterprofils" ist ein rein kriminologischer Begriff und wird in der Psychiatrie nicht verwendet. Dementsprechend kann die PDAG keine Angaben zu allfälligen "Täterprofilen" machen. Der Auftrag der PDAG ist die Behandlung von Patientinnen und Patienten, im Bereich der forensisch-psychiatrischen Begutachtung zusätzlich die psychiatrische Beurteilung im Auftrag von Behörden, zumeist Justizvollzugsbehörden. Meldungen zu Gewaltereignissen haben einen urteilsfreien, beschreibenden Charakter. Gegenüberstellungen wie hier Opfer, da Täter, greifen einer allfälligen strafrechtlichen Beurteilung vor und sind somit unangebracht. Hypothesen zu Absichten, Motiven und Lebenszielen sind Annahmen und Vermutungen. Sie sind nicht Gegenstand des Klärungsprozesses innerhalb des Meldesystems.

d) Klinik Barmelweid AG

Die Klinik Barmelweid AG erfasst zwar das Geburtsdatum der Täterin oder des Täters, wertet diese jedoch nicht aus. Geschlecht und Herkunft werden nicht erfasst, weil es der Barmelweid zu tendenziös erscheint.

e) Rehaklinik Bellikon

In der Rehaklinik Bellikon lässt sich kein Profil nach Geschlecht, Herkunft und Alter aufschlüsseln. Bei Patientinnen und Patienten der Neurorehabilitation kommen verbale und körperliche Angriffe aufgrund kognitiver Einschränkungen oder Wahrnehmungsstörungen vor und sind Teil des Krankheitsbilds. In weiteren Fällen sind es Patientinnen und Patienten mit psychiatrischen Begleitdiagnosen, von denen Angriffe ausgehen.

f) Klinik im Hasel AG

Die Klinik im Hasel AG sieht kein typisches Täterprofil. Häufig entstehen die Drohungen und verbale Aggression unter Einfluss von Konsummitteln. Aggressionen gegenüber Mitarbeitenden treten vermehrt auf, wenn die Patientinnen und Patienten das Gefühl haben, ihre Bedürfnisse nicht anbringen zu können, oder nicht verstanden zu werden. Mögliche Einflussfaktoren sind auch weitere psychiatrische Erkrankungen, die mit erhöhter Impulsivität einhergehen.

g) Stiftung entero

Der in Antwort zur Frage 1 erwähnte Patient mit Schweizer Staatsangehörigkeit war 17 Jahre alt.

- h) Klinik Hirslanden Aarau AG, Stiftung Spital Muri, GZF, Asana Spital Leuggern, Asana Spital Menziken AG, Spital Zofingen, Privatklinik Villa im Park, Rehaklinik Salina, Schützen Rheinfeld AG (Klinik Schützen), Bad Schinznach AG (Privat-Klinik Im Park)**

Die oben genannten Gesundheitsinstitutionen führen keine Dokumentation zu Täterprofilen.

Zur Frage 3

"Was unternimmt der Regierungsrat, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten?"

Das Departement Gesundheit und Soziales hat die Spitäler im Kanton Aargau gefragt, was sie unternehmen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

a) Kantonsspital Aarau AG (KSA)

Nebst der Zurverfügungstellung eines internen Sicherheitsdiensts setzt das KSA auf Prävention (Schulungen), interdisziplinäre Zusammenarbeit (zum Beispiel HR – Legal & Compliance – Sicherheitsmitarbeitende und Vorgesetzte), die Zusammenarbeit mit den Behörden, dem Aargauer Bedrohungsmanagement/dem Gewaltschutz der Kantonspolizei Aargau und situativ mit weiteren Partnern. Die Aktualisierung "Aggressions- und Bedrohungsmanagement" ist in Arbeit.

b) Kantonsspital Baden AG (KSB)

Das KSB hat folgende Massnahmen unternommen:

- Seit 2017 Implementierung Sicherheitsdienst (4 Vollzeitäquivalente)
- Seit 2017 Ausbau betriebliches Gesundheitsmanagement
- Seit 2018 Reporting zu Aggressionsereignissen an die erweiterte Geschäftsleitung
- Seit 2019 Gründung Kommission Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination (SIGEplus) gemäss Spitalverband H+
- Seit 2022 Verstärkung Sicherheitsdienst am Notfallempfang
- Seit 2023 Erhöhung der Vollzeitkontingente im Sicherheitsdienst (per 2025 11 Vollzeitäquivalente)
- Diverse Schulungsangebote zu Aggressionsprävention und -bewältigung.

Die Einführung eines Sicherheitsdiensts hat sich im KSB als wertvolle Massnahme erwiesen und gewinnt zunehmend an Wichtigkeit für Notfallstationen.

c) Psychiatrische Dienste Aargau AG (PDAG)

In den letzten Monaten wurden in der PDAG viele Massnahmen weiterentwickelt und ausgebaut. Die PDAG schult ihre Mitarbeitenden in Deeskalations- und Aggressionsmanagement. Sie pflegt nationale Netzwerke und Kooperationen wie beispielsweise zum aargauischen Bedrohungsmanagement (Kantonspolizei Aargau, siehe auch KSA) und beteiligt sich in Fachgesellschaften. Sie evaluiert und entwickelt interne Supportdienste wie die Mobile Unterstützung und Deeskalation (MUD).

Liegenschaftsschutz, Personalschutz und Ordnungstätigkeiten sind fester Bestandteil der PDAG und werden durch Sicherheitsbeauftragte und Sicherheitsdienste gewährleistet.

d) Hirslanden Klinik Aarau AG

Die Klinik Hirslanden Aarau AG hat einen definierten Prozess beziehungsweise eine Checkliste bei Gewaltandrohung durch Personen.

e) Stiftung Spital Muri, Gesundheitszentrum Fricktal (GZF) und Spital Zofingen AG

Die Stiftung Spital Muri, das GZF und die Spital Zofingen AG verständigen bei Bedrohungen jeglicher Art die Polizei. Besondere Schutzmassnahmen existieren nicht.

f) Asana Spital Leuggern AG

In der Asana Spital Leuggern AG wird bei Bedrohungen je nach Ausmass der interne Rettungsdienst als Unterstützung gerufen oder dann direkt die Polizei benachrichtigt. Besondere Schutzmassnahmen bestehen nicht. Das interne Fortbildungsprogramm beinhaltet jedoch eine periodische Schulung zum Thema richtiges Verhalten bei solchen "Angriffen".

g) Asana Spital Menziken AG

In subjektiv empfundenen oder objektiven Bedrohungssituationen wenden sich die Mitarbeitenden der Asana Spital Menziken AG niederschwellig an die Notrufnummer der Polizei – insbesondere nachts. Alternativ oder gleichzeitig kann der interne Bedrohungsalarm ausgelöst werden.

h) Privatklinik Villa im Park

Die Privatklinik Villa im Park hat ihr Personal angewiesen die Polizei zu verständigen, wenn sie sich bedroht fühlen.

i) Klinik Barmelweid AG

Die Klinik Barmelweid AG hat im ausserordentlichen Konzept (siehe Antwort zur Frage 1) Massnahmen, Rollen, Prävention und den Prozess zum Schutz der Mitarbeitenden definiert. Das Konzept enthält auch ein Meldeformular und anspruchsrgruppen-spezifische, interne Schulungen in regelmässigen Abständen.

j) Stiftung Reha Rheinfelden

Die Stiftung Reha Rheinfelden führt aktuell Deeskalationsschulungen durch, die sie in Zusammenarbeit mit der PDAG allen Mitarbeitenden anbieten.

k) Rehaklinik Bellikon

Die Rehaklinik Bellikon bietet präventiv interne Aggressionsmanagementkurse an und fördert den interdisziplinären Austausch und Fallbesprechungen, um bereits früh negative Entwicklungstendenzen zu erkennen. In besonderen Fällen werden spezifische Sicherheitskonzepte rund um Patientinnen und Patienten mit Aggressionspotenzial erstellt und Massnahmen ergriffen. Mitarbeitende auf allen Stufen können sich hierfür direkt an den Sicherheitsverantwortlichen wenden. Zudem verfügt die Klinik über ein adäquates Sicherheitsdienstdispositiv und entwickelt die Notfallorganisation stetig weiter. Reaktiv können im Ereignisfall beispielsweise alle Mitarbeitenden über eine Notfalltaste am Mobiltelefon direkt den Sicherheitsdienst alarmieren.

l) ZURZACH Care AG

Zur Bewältigung kommunikativ oder in anderer Weise anspruchsvollen Situationen stehen den Mitarbeitenden der ZURZACH Care AG umfassende Werkzeuge, wie interne Richtlinien sowie Begleitung durch geschultes Fachpersonal zur Verfügung. Zur Prävention von Interaktionsproblemen der oben spezifizierten Art (kommunikativ oder in anderer Weise anspruchsvoll) und deren fachlich korrektem Management sind Angebote hinsichtlich Kommunikation Bestandteil des Angebots von "Reha Study". Die der Stiftungsgruppe der ZURZACH Care AG angehörenden Bildungsinstitution für Gesundheitsfachpersonen ist den Mitarbeitenden niederschwellig zugänglich.

In Rehabilitationssettings, wie der Überwachungsrehabilitation, in der Selbst- und Fremdgefährdung vorkommen können, hat die ZURZACH Care AG spezifische Massnahmen ergriffen, um Selbst- und Fremdgefährdungssituationen prospektiv zu verhindern, wie zum Beispiel die aktuell laufende Implementierung eines rehaspezifischen evidenzbasierten Delirkonzepts sowie die Pilotierung des nicht invasiven radarbasierten Überwachungstools "QUEMA" am weiterentwickelten Standort Rehaklinik Baden-Dättwil.

m) Bad Schinznach AG (Privat-Klinik Im Park)

Sollte es zu Fällen von Gewalt in der Privat-Klinik Im Park kommen, haben die Mitarbeitenden die Möglichkeit, die Leitung des Personalbereichs einzubeziehen, um individuelle Lösungen zu finden und bei Bedarf auch externe Hilfe in Anspruch zu nehmen.

n) Klinik im Hasel AG

Die Klinik im Hasel AG hat folgende Massnahmen ergriffen:

- Mitarbeitendensicherheitsprojekt (Beginn 2022).
- Schulung der Mitarbeitenden in Motivational Interviewing.
- Aktives Zuhören und lösungsorientierte Gesprächsführung.
- Deeskalative Grundhaltung auf Grundlagen der gewaltfreien Kommunikation nach M. B. Rosenberg.
- No-Touch-Prinzip bei angespannten Konfliktsituationen.
- Aggressions- und Deeskalationsschulung alle zwei Jahre für medizinisches und therapeutisches Personal. 2024 Schulung für alle Mitarbeitenden der Klinik durchgeführt.
- Supervision der Pflege durch Supervisor mit Ausbildung zum Deeskalationstrainer.
- 2024 Gründung der Arbeitsgruppe Deeskalations- und Aggressionsmanagement, Umsetzung des Konzeptes noch in Bearbeitung (Mitarbeitendenschulung, interne Ansprechpersonen für alle Berufsgruppen, Monitoring der Ereignisse, etc.).
- Telefonalarmsystem für alle Mitarbeitenden.
- Durchführung von Vorgesprächen mit den Patientinnen und Patienten vor Ort mit Klärung der wichtigsten Kontraindikationen für den Aufenthalt in der Klinik, unter anderem auch Abklärung akuter Fremdgefährdung.

o) Schützen Rheinfelden AG (Klinik Schützen)

Die Klinik Schützen hat präventive Schulungen des Personals in Deeskalation sowie in Psychotherapien und übrigen Behandlungen, frühes und aktives Ansprechen und Bearbeiten des Umgangs mit Schwierigkeiten, Enttäuschungen und psychosozialen Herausforderungen.

p) Stiftung entero

Die Klinik sieht keinen Handlungsbedarf.

Fazit

Die Aargauer Spitäler haben – je nach Bedarf – unterschiedlich stark und mit verschiedenen Massnahmen auf die Problematik der zunehmenden Gewaltbereitschaft reagiert. Das Departement Gesundheit und Soziales wird den Gesundheitsverband Aargau (vaka) anregen, sich des Themas anzunehmen und seine Mitglieder im Bereich Spitäler für diese Thematik zu sensibilisieren. Aus Sicht des Regierungsrats empfiehlt sich die Bildung einer Arbeitsgruppe im Rahmen der vaka, damit die Spitäler erfolgreiche Konzepte (beispielsweise Schulung zum Thema Deeskalationsmanagement) und Massnahmen untereinander austauschen können.

Des Weiteren hat der Regierungsrat im AFP 2025–2028 1,65 Millionen Franken für die Unterstützung des Sicherheitsdienstes in den Notfallstationen der grossen Aargauer Zentrumsspitalern (KSA, KSB, PDAG) beantragt. Damit soll die Sicherheit der Mitarbeitenden, Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörigen in den grossen Notfallstationen, die am häufigsten von Gewaltsituationen betroffen sind, gewährleistet werden und somit die Behandlung von Notfällen sichergestellt werden.

Per 1. Juli 2021 hat der Grosse Rat zudem das Aargauische Bedrohungsmanagement im Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG, §§ 46a ff.) vom 6. Dezember 2005 verankert¹. Die Kantonsspitäler (KSA, KSB, PDAG) und die kantonale Verwaltung haben zur Umsetzung der Bestimmungen des Aargauischen Bedrohungsmanagements in ihren Betrieben Ansprechpersonen definiert und eingesetzt. Diese melden der Kantonspolizei (KAPO) Auffälligkeiten bei Personen, die potenziell gewaltbereit sind (§ 46b Abs. 1 PolG). Dadurch lassen sich problematische Verhaltensweisen frühzeitig erkennen, auch wenn sie noch nicht strafrechtlich relevant sind. Das genannte Melderecht steht auch Personen zu, die gemäss § 19 des Gesundheitsgesetzes (GesG) vom 20. Januar 2009 dem Berufsgeheimnis unterstehen (§ 46b Abs. 2 PolG).

Die Ansprechpersonen stehen in direktem Kontakt mit dem Dienst Kriminalprävention der Polizei, um bedrohliche Situationen zu bewerten und mögliche Interventionen abzustimmen. Die rund 150 Ansprechpersonen erhalten zudem eine jährliche Weiterbildung. Darüber hinaus bietet der Dienst Kriminalprävention in den Spitälern präventive Beratungen und Schulungen an (§ 46a Abs. 3 PolG).

Zur Frage 4

"Sieht der Regierungsrat einen Zusammenhang zwischen der steigenden Gewaltbereitschaft der Patienten gegenüber dem Pflegepersonal und dem Fachkräftemangel in dieser Branche?"

Das Departement Gesundheit und Soziales hat die Spitäler im Kanton Aargau um Stellungnahme gebeten und folgende Antworten erhalten:

a) Kantonsspital Aarau AG (KSA)

Das KSA erhebt bei austretenden Mitarbeitenden ihre Austrittsgründe. Bei fest und unbefristet Angestellten sind dies die hauptsächlichsten Austrittsgründe:

- Suche nach einer neuen beruflichen Herausforderung
- Familiäre Gründe
- Lohnunzufriedenheit
- Unzufriedenheit mit dem Arbeitsweg/den Parkmöglichkeiten.

Erfahrene Gewalt haben die Mitarbeitenden in den letzten Jahren nicht explizit als ausschlaggebender Austrittsgrund genannt. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich erfahrene Gewalt hinter dem Wunsch nach einer neuen beruflichen Herausforderung verbirgt.

b) Kantonsspital Baden AG (KSB)

Der Fachkräftemangel hat sicherlich einen Einfluss auf die Quantität der Ereignisse in der Ansicht des KSB. Es ist aber nicht der treibende Faktor. Die zunehmende Erwartungshaltung der Bevölkerung, welcher nur zum Teil entsprochen werden kann, aber auch die fehlenden Konsequenzen für Patientinnen und Patienten, welche das Spitalpersonal tötlich angehen (zum Beispiel Spitalverbote gegenüber Patientinnen und Patienten auszusprechen oder Patientinnen und Patienten vom Spital aus anzuzeigen) dürften Erklärungen für eine gesteigerte Gewaltbereitschaft sein.

Hinzu kommen die hohen Kosten für den Sicherheitsdienst, der das probate Mittel in der Prävention von Gewaltereignissen wäre.

Gemäss dem deutschen Sprichwort "Wo kein Kläger, da kein Richter" werden Aggressoren nicht angegangen, weil die Anklage durch den Mitarbeitenden als Privatperson erfolgen muss. Viele möchten sich nicht zusätzlich exponieren, oder zum wiederholten Ziel werden und sehen daher davon ab.

¹ www.ag.ch > Grosse Rat > Geschäfte > Ges-Nr. > [20.271](#)

Neben der präventiven Wirkung vermittelt eine adäquate Abdeckung und rasche Verfügbarkeit von Sicherheitspersonal dem Notfallpersonal ein Gefühl der Sicherheit an ihrem Arbeitsplatz und ist gerade für den Personalerhalt des Pflegepersonals wichtig.

Aus Sicht des KSB geht es hier weniger um mangelnde Ressourcen, sondern um die Verflechtung von sozialen Strukturen und Gewalt. Die täglichen Ereignisse von Gewalt und Beschimpfungen sind die Summe von Erfahrungen und Eindrücken einzelner Individuen, denen an anderer Stelle geholfen werden muss. Wenn man Notfalleinrichtungen unterstützen möchte, braucht es Investitionen in Prävention und Sicherheitsdienste sowie Entlastung des Klinikpersonals durch eine adäquatere Erwartungshaltung der Bevölkerung zu den angebotenen Dienstleistungen.

c) Psychiatrische Dienste Aargau AG (PDAG)

Die Frage beziehungsweise die Ursache der Gewaltentwicklung ist aus Sicht der PDAG ein komplexes, multifaktorielles und auf Hypothesen gestütztes Phänomen. Die Gewaltentwicklung spiegelt die gesellschaftliche Entwicklung.

Die Tatsache der erfolgreichen Psychiatriereform und die wirtschaftlichen Aspekte der Gesundheitsreformen unter anderem der Versorgungsstruktur "ambulant vor stationär" führte dazu, dass einem Grossteil der Bevölkerung Alternativen zur Verfügung stehen. Dort, wo die Alternativen nicht greifen, konzentrieren sich Patientinnen und Patienten, die nicht in diesem Auffangnetz Unterstützung finden. Diese oftmals komplexen Krankheits- und Verhaltensbilder stellen eine Herausforderung in der psychiatrischen Grundversorgung dar und gehen mit dem "normalen" Bevölkerungswachstum einher beziehungsweise konzentrieren sich auf den Stationen.

Wesentliche Aspekte der Sicherheit haben mit einem ausgewogenen Risikomanagement zu tun. Mitarbeitende in einem zeitgemässen, psychiatrischen Umfeld müssen Zusammenhänge erkennen und Entwicklungen vorwegnehmen können. Sie müssen geeignete Massnahmen ergreifen, ihren Verantwortungsbereich kennen und Entscheidungen treffen können. Sie reagieren als interprofessionelles Team. Klar ist, dass Teams Kontinuität benötigen und nur ein gewisses Mass an Fluktuation ertragen. Mit 16,6 % Fluktuation bewegt sich die PDAG allerdings im Mittelfeld, so dass nicht pauschalisiert davon ausgegangen werden kann, dass hier einen Zusammenhang besteht.

d) Stiftung Spital Muri

Die Stiftung Spital Muri sieht keinen Zusammenhang zwischen der steigenden Gewaltbereitschaft der Patientinnen und Patienten gegenüber dem Pflegepersonal und dem Fachkräftemangel.

e) Gesundheitszentrum Fricktal (GZF)

Das GZF sieht keinen Zusammenhang zwischen der steigenden Gewaltbereitschaft der Patientinnen und Patienten gegenüber dem Pflegepersonal und dem Fachkräftemangel.

f) Asana Spital Leuggern AG

Die steigende Gewaltbereitschaft der Patientinnen und Patienten gegenüber dem Pflegepersonal hat bisher keinen Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel nach Angaben der Asana Spital Leuggern AG. Der Grund dürfte eher in der grundsätzlichen Veränderung der Gesellschaft liegen.

g) Privatklinik Villa im Park

Weil die Privatklinik Villa im Park keine Datenerhebung zum Thema Gewalt führt, kann die Anfrage zum Zusammenhang zwischen der steigenden Gewaltbereitschaft der Patientinnen und Patienten gegenüber dem Pflegepersonal und dem Fachkräftemangel nicht beantwortet werden.

h) Klinik Barmelweid AG

Aus Sicht der Barmelweid besteht kein direkter Zusammenhang zum Fachkräftemangel, dieser trägt allerdings nicht zu einer positiven Wahrnehmung und der Attraktivität des Pflegeberufs bei.

i) Rehaklinik Bellikon

Nach Auffassung der Rehaklinik Bellikon kann der Fachkräftemangel einen Mangel an zeitlichen Ressourcen zur Folge haben, was in spezifischen Situationen zu einer Steigerung der Gewaltbereitschaft führen kann.

j) Parkresort Rheinfelden Holding AG (Rehaklinik Salina)

Die Rehaklinik Salina beobachtet bei ihrem Patientenprofil (Durchschnittsalter über 75 Jahre) keine Veränderungen der Gewaltbereitschaft.

k) Bad Schinznach AG (Privat-Klinik im Park)

Da keine Vorfälle gegen die Mitarbeitenden der Klinik festgestellt werden, findet keine Erhebung statt. Die Klinik kann somit keine steigende Gewaltbereitschaft beobachten, die mit dem Fachkräftemangel in der Klinik in Zusammenhang stehen könnte.

l) Klinik im Hasel AG

In der Klinik im Hasel AG kann die steigende Gewaltbereitschaft der Patientinnen und Patienten gegenüber dem Pflegepersonal nicht ausschliesslich mit dem Fachkräftemangel in Verbindung gebracht werden. Eine optimale Stellenbesetzung mit qualifiziertem und geschultem Personal scheint jedoch der Deeskalation zuträglich zu sein.

Bei Unterbesetzung können längere Wartezeiten oder ein geringeres Eingehen auf die Bedürfnisse zu Unzufriedenheit bei den Patientinnen und Patienten führen, die einer der Motoren für eine Gewaltbereitschaft zu sein scheint.

m) Schützen Rheinfelden AG (Klinik Schützen)

Die Klinik Schützen sieht keinen Zusammenhang zwischen der steigenden Gewaltbereitschaft der Patientinnen und Patienten gegenüber dem Pflegepersonal und dem Fachkräftemangel.

n) Stiftung entero

Die Stiftung entero hat zur Frage 4 keine Stellung genommen.

Fazit

Der Regierungsrat sieht keinen direkten Zusammenhang zwischen der steigenden Gewaltbereitschaft der Patientinnen und Patienten gegenüber dem Pflegepersonal und dem Fachkräftemangel in dieser Branche. Nichtsdestotrotz sorgt der Regierungsrat durch die Umsetzung der Pflegeinitiative für eine bessere Versorgung der Bevölkerung im Kanton mit hochstehenden Gesundheitsdienstleistungen.

Die zunehmende Gewalt in der Gesellschaft macht auch nicht vor den Spitälern Halt. Massnahmen, die die Spitäler ergriffen haben, um der Gewalt entgegenzuwirken, sind in der Antwort zur Frage 3 festgehalten.

Die Kosten für die Beantwortung dieses Vorstosses betragen Fr. 4'493.–.

Regierungsrat Aargau